

Bezugspreise:
Für Halle monatlich bei zweimaliger
Lieferung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 Mark, halbjährlich 42.00 Mark,
jährlich 82.50 Mark, bei sechsmonatlicher
Lieferung werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich. Zeitungsdienst nur unter
einer Zeitung eingetragen. Für
unterirdig eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Redakteur: Herr mit der
Verantwortung. Halle-Zeitung ge-
gründet. Ferner: der Geschäftsleitung
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

Abend-Ausgabe.

Halle-Zeitung

Stin- und Unstingster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 gefaltene 34 mm breite Millimeterzeile für deren Raum 60 Pf.,
Sammleranzeigen 40 Pf., Kleinanzeigen
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Haupt-
straße 17. Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Postfach-Nr. 10 Leipzig Nr. 4004.

Nr. 122.

Halle, Montag den 14. März 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Simons und Stinnes.

Von Dr. Ludwig Haas-Karlruhe, W. d. R.

Minister Simons, dessen Haltung in London mannig-
facher Kritik ausgesetzt war, hat trotzdem am Sonntag
eine seltene Mehrheit im Reichstage hinter sich gehabt. Man
wird annehmen dürfen, daß die leidenschaftlichen Angriffe
von Stinnes selbst in der Deutschn Nationalpartei kein un-
geteiltes Verfall finden. Wir glauben, daß nicht die ruhige
und abwägende Politik von Simons, wohl aber die Politik
von Stinnes eine nicht unerhebliche Gefahr für Deutschland
bedeutet. Das deutsche Volk hat während des Krieges ge-
nug schwere Erfahrungen mit Männern gemacht, die in Ver-
folg ihrer besonderen Präjudizien und Kenntnisse aufzu-
zerrten. Stinnes mag ein großer Mann auf wirtschaftlichem
Gebiet sein; manche industriellen und kaufmännischen Kreise
erkennen auch schon, daß er vielleicht ein zu großer Mann ist
und daß es wirtschaftliche Gefahren nicht nur von ihm, son-
dern auch von rechts gibt. Auf politischem Gebiet hat er
noch nie bewiesen, daß er ein Mann von klarem Blick ist.
Es ist aber nicht immer bedenklich, Kritik an Verhand-
lungen zu üben, denn man nicht beigemohnt hat. Bei
schwierigen Verhandlungen müssen oft Entschlüssen im
Augenblick getroffen werden; es ist kleinlich, dann nachträglich
in der stillen Ruhe seines Arbeitszimmers auszubübeln
und nach den Lücken der Verhandlungen zu weilen. Es ist
auch das höchste Stinnes und Linie für uns, aber auch das
größte deutsche Volk nicht zu vergessen, daß kaum jemals der
Vorteil eines Volkes in schwieriger Lage Verhandlungen
führen mußte, als Simons in London.

Es ist für die Führer der deutschen Politik ein erheb-
lichem Vorteil, daß die Verhandlungen geführt sind, trotz-
dem Simons ein sehr weitgehendes Angebot gemacht hätte.
Wir dürfen in der Welt nicht den Eindruck entstehen lassen,
daß Deutschland den Bruch der Verhandlungen verschuldet
habe. Simons hätte Recht, wenn er die Verhandlungen so
führte, daß es nicht den Anschein, die guten Willens sind,
im neutralen und im früher feindlichen Ausland einzufließen,
daß nicht die alte Weisheit Deutschlands die Verhandlung
in London unglücklich gemacht hat.

Diese Haltung von Simons führt aber auch die Wider-
standskraft des deutschen Volkes selbst. Man soll nicht
verstreuen Epochen die wirtschaftliche Richtung der Sanktionen
untersuchen; auch damit müssen wir rechnen, daß gerade die
Tatsache, daß die Sanktionen aus der Volkswirtschaft der
anderen unglücklich beschaffen, die Gegner erst recht nicht
von Aufgabe ihrer Politik, sondern zu neuen Brutalitäten führen
kann. Vielleicht bringen dem besetzten Gebiet und ganz
Deutschland die nächsten Monate viel Leid und schwere
Sorgen. Das deutsche Volk hat sein Schicksal jetzt selbst in der
Hand. Es kommt alles darauf an, daß wir auf die Zähne
dehnen, hartes ertragen und nicht nachgeben. Eine
geschlossene und eiserne Widerstandskraft
müssen wir haben: vorhanden sein und vorhanden bleiben. Wir
dürfen uns nicht nach neuen Verhandlungen
sehnen. Wir müssen in der Geduld den Zusammen-
bruch der feindlichen Gewaltpolitik abwarten.
Mit Sanktionen und Annonen kann das ständige
Finanzproblem nicht gelöst werden; mit der Befreiung deut-
scher Gebiete und mit einer Zollgrenze am Rhein bringt man
keine Ordnung in die zerrüttete europäische Volkswirtschaft.
In deren Gründung aber sind die anderen genau so inter-
essiert wie wir. Aufgabe der deutschen Politik ist es, die an-
deren zu der Erkenntnis zu zwingen, daß die schweren
Probleme mit Gewalt nicht zu lösen sind, daß die
Mitarbeit eines lebensfähigen Deutschlands unerlässlich ist,
und daß dieses Deutschland, dessen Arbeit man so dringend
braucht, nicht durch Drohungen, sondern nur im Wege
über verständige Verhandlungen zur Mitarbeit
gewonnen werden kann. Wenn wir stark bleiben,
erbringen wir den Beweis, daß die feindliche Mil-
litarismus auf wirtschaftlichem Gebiet völlig
machtlos ist und daß wir deshalb Anspruch erheben dürfen,
als gleichberechtigtes Glied im Rate der Völker
gehört zu werden. Wir können es jetzt erlangen, daß die
brutale Art, mit uns nicht als gleichberechtigter zu
verhandeln, uns immer unter dem Druck von Drohungen zu
setzen, uns als die Sünder zu behandeln, die den Krieg
verschuldet haben, endlich aufhört. Aber, zur Erreichung
dieses Ziels ist der starke Wille des deutschen
Volkes nötig. Dieser Wille wurde gestärkt, weil Simons
den Beweis erbracht hat, daß die Gegner trotz unserer ge-
richtigen Opferbereitschaft zu einer Politik der Vernunft nicht
bereit sind. Es ist vaterländische Pflicht, daß in
dieser Lage, in der um die deutsche Zukunft und um die Zu-
kunft der Welt gerungen wird, das Volk hinter dem
Minister steht, der den Gegnern ein klares und deutliches
Nein entgegen setzt hat. Jetzt ist wahrlich keine Zeit
für kleinliche Vorurteile und kleinliche Kritik.

Das Gebot der Stunde.

In seinem letzten Wochenrückblick in der „West-
Morgenzeit“ heißt es der Hr. Schiffer das Gebot der
Stunde. Das deutsche Wirtschaftswesen muß sich wieder ein-

mal umhellen, und der Geist unseres Volkes muß in dieser
neuen Prüfung, die wahrscheinlich nicht von kurzer Dauer
ist, hart erhalten werden. Auch der Reichswirtschaftsrat
wird jetzt zu gehen haben, was er kann. „Doch auch alle
anderen Dinge müssen sich dem Gebot der Stunde einfügen
und unterordnen. Das gilt für das gesellschaftliche Leben,
den Betrieb in öffentlichen Betrieben, das Benehmen der Be-
völkerung. Was in dieser Richtung auf Veranlassung des
Reichspräsidenten vorbereitet wird, dürfte grundsätzlich all-
gemeine Billigung finden. Das gilt aber auch für den deut-
schen Reichstag, der das deutsche Volk vertritt und reprä-
sentiert. Auch er wird sich in der Art und im Ton seiner
Verhandlungen mehr als bisher der Rolle bewußt werden
müssen, die er zu spielen hat. Sonst könnte seine ohnedies
brüchige Autorität einen neuen empfindlichen Schaden er-
leiden. Und gerade da vertragen, wo sie am nötigsten ist:
in der Erfüllung der Aufgabe, eine Regierung zu tragen und
zu unterstützen, die nach großen, klaren und festen Zielen ihr
Volk wahrhaft führen soll.“

Die Zolllinie am Rhein.

Wie die „Agence Havas“ aus Koblenz meldet, hat die
internationalisierte Kommission in den Rheinlanden gestern die
Anweisung von Georges erhalten zur Errichtung einer
Zolllinie am Rhein. In dieser Linie soll nur der
Warenaustausch zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten
Gebiet des Deutschen Reiches kontrolliert werden, nicht
aber der Auslandsandel, der an der deutsch-französischen
und deutsch-belgischen Grenze kontrolliert wird. Für die innere
Zolllinie am Rhein soll ein besonderer Tarif ausgearbeitet
werden, der sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr treffen
soll, und zwar die Einfuhr aus dem rechtsrheinischen Deutsch-
land in wesentlich härterer Weise als die Ausfuhr aus dem
Reichsland. Die lebenswichtigen und allgemeinen Verbrauchs-
gegenstände, an denen das linke Rheingebiet Mangel leiden
würde, soll zollfrei sein. In der Umgebung des Herrn
Tizard berechnet man den voraussichtlichen Zollbetrag für
besagte Einfuhr und Ausfuhr, was heißt be-
sondere der an der Rheingrenze und an der Belgischen
des Reiches erhobenen Abgaben auf höchstens 125-150 Mil-
lionen Goldmark im Jahr, und man hält es deshalb für be-
sonders wichtig, daß die Entente durch die Befreiung der
Rheinrheinfähren die Kontrolle über 25 Millionen Tonnen deutscher
Kohle erhält.

Im Bahnhof Düsseldorf sind acht schweizer und
drei französische Offiziere stationiert, die die Güterwagen
kontrollieren. In der Südwestecke von Frankfurt bei
Mittelheim in Frankreichs Stadtmauer haben die Franzosen
in der Fregate von Holzmann & Co. Bürosräume mit Be-
schlag belegt.

Das Rheinland und die Londoner Konferenz.

In der „Kölnischen Zeitung“ schreibt Reichsminister
Dr. Simons unter der Überschrift „Das Rhein-
land und die Londoner Konferenz“:
Die Alliierten haben in ihren Pariser Beschlüssen vom
23. 1. d. J. unter den „Sanktionen“, zu deutsch: Ge-
waltmaßnahmen, mit denen sie die Zustimmung
Deutschlands zu ihren neuen Forderungen zu erzwingen ge-
wollten, auch die Einrichtung eines selbständigen Zollgebiets
im besetzten Rheinland vorsehen. Sie haben sich dabei
mit vollem Bewußtsein über die Bestim-
mungen des Friedensvertrages von Ver-
sailles hinweggesetzt. Als in der französischen
Deputiertenkammer der Hr. Tardieu, bekanntlich einer der
Mitverfasser der Reparationsbestimmungen des Vertrages,
die Behandlung aufstellte, daß dieses selbständige Zollgebiet
schon im Artikel 270 des Vertrages enthalten sei, hat der
französische Premierminister Briand in seiner
Erklärung vom 4. 2. darauf hingewiesen, daß der Vertrag
eine solche Maßregel nur ergreife, wenn sie nach
der Meinung der Alliierten notwendig ist, um die
wirtschaftlichen Interessen der Besätze-
rung der besetzten Gebiete zu wahren. Diese
Entgegnung Briands ist unumkehrlich und festgelegt
das Regime, das der Verband jetzt im Rheinland einführt, denn
darüber kann ja kein, auch nur einigermaßen Einflüßiger im
Zweifel sein, daß die sogenannte Abschneidung
der besetzten Rheinland vom Wirtschaftskörper
Deutschlands alles andere ist, als eine Wahrung
der wirtschaftlichen Interessen des rhein-
ischen Volkes. Man darf sich nur an die enge Ver-
schmelzung der wichtigsten Industrie des Niederrheins des-
sen und jenseits der neuen Zollgrenze zu denken, um den
zerstörenden Charakter der „Sanktionen“ zu erkennen. Aber
auch abgesehen von dem Auseinanderreißen der auseinander
angewiesenen Werte bedeutet die Errichtung des Waren-
austausches zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Ge-
biet für das Rheinland fast eine Katastrophe, für das
übrige Deutschland einen ungemessen harten Schlag. Es
ist deshalb erklärlich, wenn die öffentliche Meinung diesseits
und jenseits der neuen Zollgrenze sich fragen wird, ob die
deutsche Regierung alles getan hat, um diesen Schlag abzu-
wehren. Eine endgültige Antwort wird hierzu von nie-
mandem gegeben werden können, weil die Regierung zwischen
einer Reihe von Möglichkeiten wählen mußte und es jedem
Sachverständigen frei bleibt, zu behaupten, die richtigste Mög-
lichkeit hätte zu besseren Ergebnissen geführt.

Nach meiner festen Überzeugung waren
die Würfel über den Ausgang der Londoner
Konferenz bereits geworfen, ehe sie be-
gannten, denn die französischen Unterhändler waren fest ent-
schlossen, nur nach Paris zurückzukehren, wenn sie entweder
die unveränderlichen Pariser Beschlüsse oder ein vollständiges
Äquivalent dafür nach Hause brachten, und die deutschen
Unterhändler waren angewiesen, die Forderungen der Alliierten
nach ihrer Höhe in keiner Form anzuerkennen, weil sie
weit über die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft
hinausgingen, auf deren Verwirklichung wir nach dem Friedens-
vertrage ein verbrieftes Recht haben. In diesem
Gegensatz mußte jeder Versuch einer Gene-
ralregelung der Reparationspflicht scheitern.
Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, jetzt
zu einer Generalregelung zu kommen, hat die Delegation
veranlaßt, auf den Gedanken an ein Provisorium
zurückzugreifen, über den man sich trotz aller deut-
scher Bedenken im November vorigen Jahres schon
grundsätzlich verständigt hatte. Die Delegation ist
bei ihrem Angebot für das Provisorium sehr weit, nach Auf-
lösung der Mehrheit des deutschen Volkes zu weit gegangen.
Sie hat es getan, um dem Rheinland die Not der Ab-
schneidung zu erparieren. Auch dieser Vorschlag ist ohne ge-
nauere Prüfung zurückgewiesen worden. Hätte, wie
die „Sanktionen“ in Paris beschlossen
waren, wurden sie in London zur Ausfüh-
rung gebracht. Die deutsche Wirtschaftskraft wird durch
das neue Zollregime sehr erheblich geschwächt. Der Vor-
auf dem die deutsche Delegation ihren Vorschlag aufbaute,
ist in psychologischer wie in ökonomischer
Beziehung völlig verändert. Trotzdem wird das
Reich seine Brüder am Rhein nicht im Stich lassen, sondern
alles tun, was es tun kann, um ihnen in der schweren Lage
zu helfen, in die sie um Gebrauchtdeutschlands willen geraten
sind. Möchten die Wächter bald einsehen, wie teuer
ihnen selbst die Politik des Zwanges zu stehen kommt und
wenigstens sie durch Gewalt erzielen, als ihnen Deutsch-
land freiwillig angeboten hatte.

Briand über die Sanktionen.

Briand empfing gestern abend den Chefredakteur der „Ere
Nouvelles“. Er lagte hinsichtlich der Zukunft, Minister Simons
habe angelehnt der öffentlichen Meinung in Deutschland nicht
anders handeln können, als er gehandelt habe. Einige Tage
wären vergehen, dann werde Deutschland doch annehmbar
Vorschläge unterbreiten müssen. Man habe ja die Hand
auf der Axt. Man sei nur zwei Schritte von Eifen ent-
fernt. Außerdem habe er Sorge beiläufig geäußert, daß die San-
ktionen Ansehen finden, auf dem Verbot der Zoll-
linien Deutschlands gegen. Damit sie ergriffen werden, müsse
also vollständige Genugtuung gegeben werden. Das verheißt
Frankreich gegen Deutschland eine sehr starke Stellung. Es sei
nicht in London gelungen, um das pazifistische Frankreich, das
erschließen sei, seinen Rechten Geltung zu verschaffen, alle Kriegs-
verbündeten Frankreichs zu gruppieren.

Berliner Demonstrationen.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten Berlins ver-
analteten gestern in neun Lokalen Versammlungen, in
denen eine Anzahl Redner sich in erster Linie gegen den
Kapitalismus wandten. Sie behaupten, daß nur die Ermöglichung
internationaler Konflikte ein Schicksalsgewinn erbringe
werden müsse, das auf friedlichem Wege alle Streitigkeiten aus
der Welt schaffen solle. Im Anschluß an die Versammlungen
gegen etwa 10 000 Personen nach dem Lustgarten, wo dann
die Forderungen einmal noch erhoben wurden. In zuden-
währenden Zusammenstößen ist es nutzlos gekommen.
Gegen die Unwesenheit der Entente-Kommissionen in
Deutschland veranalteten gestern eine Reihe nationaler Ver-
bände, darunter ehemalige Volkstum-Organisationen und
nationale Studentenverbindungen, eine Demonstration auf
dem Wittener-Platz. Nach einigen Ansprüchen setzte sich
die Demonstration gegen die Unterwerfung von Schwarz-
rotten Fahnen und verschiedenen Forderungen, daß nur die
„Hinaus mit den Friedensverträgen“ — „Fort mit den
Entente-Kommissionen“ in Bewegung. Die Teilnehmer langen
patriotische Lieder und brachten Hochrufe auf Deutschland
und Niedertruf auf die Entente-Kommissionen aus. Zu einigen
Störungen kam es, als sich dem Zug rabulante Elemente an-
schloßen, die die patriotischen Lieder durch Gelächter der
Internationale und Hochrufe auf die Weltrevolution zu
unterbrechen versuchten. Es kam zu gegenseitigen Be-
schimpfungen, die auch in Tätlichkeiten ausarteten. Die
Schließlich aber zogen sich die rabulanten Elemente zurück.

Vereitelter Dynamitanschlag auf die Berliner Siegessäule.

Am Sonntag, den 13. März gegen 12 Uhr mittags
wurde etwa in halber Höhe innerhalb der Siegessäule ein
Pappkarton, enthaltend etwa 6 Kilo. stamm Dynamit und
Pfeifen, vorgefunden, an dem sich eine etwa 10 Meter lange,
brennende Zündschnur mit Sprungkapseln befand. Nur dem
entschlossenen Eingreifen zweier Beamten der Schutzpolizei,
die die brennende Zündschnur im letzten Moment durch-
schnitten, ist es zu danken, daß auf der vor zwei jäh-
rigen Personen denkwürdigen Siegessäule
namentliches Unglück verhütet worden ist. Nach
den bisherigen Ermittlungen kommen zwei Männer und
drei Frauen, angeblich Ausländer, in Frage, die in der



